

RHI Position zur Konsultation:

Grünbuch – Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030

RHI bekennt sich klar zu Klimaschutz, Energie- und Ressourceneffizienz

RHI, Weltmarktführer bei hochwertigen keramischen Feuerfestmaterialien, bekennt sich klar zu Klimaschutz sowie Energie- und Ressourceneffizienz. Wir leisten unseren Beitrag durch kontinuierliche Investitionen in innovative Technologien und Prozesse zur CO₂-Reduktion und Steigerung der Energieeffizienz. 2012 hat RHI 25,8 Mio. Euro für umweltbezogene Maßnahmen ausgegeben. Das entspricht rund 14 % der RHI Gesamtinvestitionen 2012. Darüber hinaus verfügt RHI über ein konzernweites Energiemanagementsystem (EnMS) zur systematischen Energieeinsparung.

Rahmenbedingungen für 2030: Kosteneffizienz, Planungssicherheit und Berechenbarkeit

RHI wünscht sich einen klaren Weg und verlässliche Maßnahmen in Hinblick auf die Rahmenbedingungen 2030 sowie neue Denkansätze, nicht nur Anpassungen des bestehenden gesetzlichen Regelwerks. Dies impliziert insbesondere eine kritische Evaluation des derzeitigen, kostengetriebenen Ansatzes. Potenzielle, weitere Emissionsreduktionen müssen kosteneffizient umsetzbar sein, um die Wettbewerbsfähigkeit und damit zahlreiche Arbeitsplätze der europäischen Industrieunternehmen in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten zu sichern. RHI mahnt an, dass es in diesem Zusammenhang nicht nur bei Versprechen des Gesetzgebers bzw. in den jeweiligen Legislativakten bleiben sollte. Als Beispiel sei hier die ETS Richtlinie genannt. Diese bezeichnet das ETS *'als marktwirtschaftliches Instrument, welches.....die Reduktion von Emissionen in einer kosten- und wirtschaftlich effizienten Weise fördern und der Industrie Sicherheit und Berechenbarkeit geben soll'*.

Faktum ist, dass nur kurze Zeit nach Verabschiedung der Richtlinie dieses ‚marktwirtschaftliche Instrument‘ durch einen künstlichen Zertifikatepreis durch z.B. back-loading, set-asides, floor price oder andere künstliche Eingriffe reguliert werden soll.

Faktum ist auch, dass aufgrund dieses künstlichen Eingriffs, der bereits seit einem Jahr in den Institutionen diskutiert wird, die Unsicherheit für die betroffene Industrie größer ist als je

zuvor. Mittlerweile gibt es unzählige Variablen, auf welcher Grundlage ein solcher Eingriff erfolgen kann, mit welchen möglichen Maßnahmen sowie wann er erfolgen sollte.

Fazit: das Chaos war nie größer und die Planungssicherheit geringer!

RHI fordert eine klare, planungssichere und langfristige Linie der gesetzgebenden Institutionen.

Integration/Kohärenz von umwelt- und industriepolitischen Zielen

Die unter dem Grünbuch 2030 geführte Diskussion muss die Notwendigkeit einer überzeugenden und kohärenten Industriepolitik integrieren: Die Zielsetzungen der Umwelt- und Energiepolitik müssen im Kontext der industriepolitischen Zielsetzungen bzw. jener der Beschäftigungspolitik getroffen werden. RHI weist in diesem Zusammenhang auf die Zielsetzung der Kommission hin, den Anteil der Industrie am BIP der EU im Jahre 2020 auf 20% anzuheben und so das in Europa dringend benötigte nachhaltige Wachstum und hochwertige Arbeitsplätze durch die Industrie zu schaffen.

Dazu gehört auch, Unternehmen und Industrie von unnötiger Bürokratie zu befreien bzw. im Rahmen neuer Regelungen zusätzliche Bürokratie zu vermeiden. Ganz allgemein würde RHI einen europäischen Ansatz begrüßen, der Stärken betont, massiv in Bildung investiert und Unternehmertum sowie unternehmerische Verantwortung und Freiheit fördert; Kontinuierlich neue, belastende Zielvorgaben mit zum Teil sich widersprechenden/konfliktträchtigen Zielwerten bewirken das Gegenteil.

Neben diesen grundsätzlichen Gesichtspunkten vertritt RHI als energieintensive Industrie in der Klima- und Energiepolitischen Diskussion folgende Standpunkte:

1. Priorität eines CO₂-Reduktionszieles

Derzeit existierende Redundanzen und negative Wechselwirkungen zwischen den bestehenden verschiedenen energie- und klimapolitischen Instrumenten könnten beseitigt werden, indem sich der politische Rahmen auf ein **alleiniges CO₂-Ziel beschränkt**.

Als Konsequenz hieraus wäre die separate Ausweisung gesamteuropäischer Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien sowie gesonderte Energieeffizienzziele nicht mehr erforderlich.

Bei der Lastenverteilung außerhalb des ETS unterstützt RHI konkrete Ziele für Mitgliedstaaten mit einem klaren und ausgewogenem Burden-sharing.

Sollte das ETS in dieser Form fortgesetzt werden, sollten die dadurch generierten Mittel zweckgebunden für Innovation und Bildung (MINT - naturwissenschaftliche Fächer) und Innovation und Förderung dieser eingesetzt werden.

2. 2030-Zielsetzung unter Beachtung internationaler Verpflichtungen

Bei der Festsetzung eines konkreten CO₂-Reduktionsziels für 2030 ist der internationale Kontext eine klare Rahmenbedingung. Zielvorgaben müssen in diesen Rahmen gesetzt und verhandelt werden. Die Emissionen der EU betragen heute 11% mit sinkender Tendenz. Daher sollte die Europäische Union nicht unilateral mit Zielen voran eilen, sondern versuchen, gerade die großen Emittenten und aufstrebenden Wirtschaftsmächte mit in ein umfassendes internationales Abkommen einzubetten.

Eine rigide Festsetzung einer 40% Zielmarke für das Jahr 2030, so wie sie im Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft bis 2050 als kostengünstigster Weg beschrieben ist, kann es nur dann geben, wenn der Rahmen zu ganz konkreten Verpflichtungen auf der internationalen Ebene sowie die Implementierung zu einem weitreichenden Abkommen festgelegt sind und ähnliche Ziele beinhalten. Dies ist wichtig, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie nicht weiter zu schwächen. Bei der Festsetzung eines Reduktionsziels für 2030 sollte weiterhin eine deutlichere Differenzierung der einzelnen Sektoren/Teilsektoren beachtet werden und hier die Tatsache, dass Einsparungspotentiale in den verschiedenen Sektoren/Teilsektoren unterschiedlich sind. Bei einer Weiterentwicklung des ETS ist auch auf die Rolle der energieintensiven Industrie zu achten.

3. CO₂-Preis darf kein politisches Steuerungsinstrument sein!

Die aktuelle Diskussion zum ETS und den CO₂-Zertifikaten geht einseitig davon aus, dass ein höherer CO₂-Preis stärkere Anreize für Innovationen schafft. Dieser Implikation, dass technologische Innovationen ausschließlich über den CO₂-Preis getrieben werden, widerspricht RHI. Der CO₂ Preis ist kein geeignetes Mittel für Innovationspolitik in Sektoren, die sehr hohe Rohstoffemissionen haben.

Bei RHI sind zwei Drittel der gesamten Emissionen prozessbedingt. Da für solche Emissionen keine CO₂-Vermeidungstechnologien einsetzbar sind, schafft der CO₂-Preis in diesen Fällen keine Anreize für Investitionen. Die betroffenen Industrien müssen zwangsläufig Zertifikate zukaufen und verlieren an Wettbewerbsfähigkeit.

RHI ist ebenfalls nicht überallokiert. Dies mag für verschiedene Industriezweige der Fall sein. Aber auch hier ist eine Differenzierung geboten. RHI hat bereits in der zweiten Periode CO₂-Zertifikate zugekauft und wird - trotz Technologieführerschaft - auch in der dritten Handelsperiode Zertifikate zukaufen müssen.

Europa läuft Gefahr, durch den Fokus auf „Dekarbonisation“ die De-Industrialisierung zu forcieren!

4. Weitreichende EU-Strategie für Energieinfrastruktur und Energiepricing erforderlich

Wettbewerbsfähige Energiepreise sind essentiell für die energieintensive Industrie und ein wesentlicher Hebel, um Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Konkret muss RHI knapp 20 % der Produktionskosten für Energie aufwenden.

Wie unterschiedlich momentan die Produktionskosten und damit Wettbewerbsbedingungen sind, wird an einem Beispiel für die Herstellung von Sintermagnesia verdeutlicht, dem wichtigsten Rohstoff von RHI. So liegen die Kosten nur für *Energie und Emissionszertifikate* für 1 Tonne Sintermagnesia in den USA bei EUR 17,6, in Europa bei EUR 68,1. Damit ist die Produktion in der EU um beinahe 400% teurer, betrachtet man nur die Energie- und Zertifikatekosten.

Umgerechnet auf die gesamten Herstellungskosten - unter Annahme vergleichbarer Personalkosten, Abschreibung, Betriebsmittel etc. - bedeutet dies bei einem mittleren Herstellungspreis von EUR 250,-¹ für 1 Tonne Sintermagnesia immer noch einen Kostenvorteil von rund 20% bei Herstellung von 1 Tonne Sintermagnesia in den USA.

Weitere Schritte zur Vollendung des EU-Energiebinnenmarktes sowie der konsequente Ausbau der Infrastruktur im Bereich Energie sind daher unbedingt erforderlich, um die Grundlage für wettbewerbsfähige Energiepreise zu schaffen und Europa im internationalen Wettbewerb zu positionieren. Dies umfasst auch die Erarbeitung einer gesamteuropäischen Strategie zur umweltverträglichen und nachhaltigen Förderung aus bisher nicht genutzten Quellen sowie den Ausbau der Wasserkraft und weiterer Energiequellen auf einer kosteneffizienten Basis!

5. Klare EU-Technologie & F&E-Strategie festlegen

Im Gegensatz zum derzeitigen Steuerungsinstrument CO2-Preis sollten die neuen Rahmenbedingungen 2030 einen klaren Fokus auf F&E beinhalten. RHI fordert einen Fokus auf zielgerichtete universitäre Forschung, Grundsatzforschung und angewandte Forschung mit entsprechenden Anreizen. Diese sollte in eine kohärente Investitions- und Technologiestrategie eingebettet sein, die die Entwicklung und Finanzierung sowie den Einsatz innovativer Technologien zur Bereitstellung von Energie und CO2-Minderung

¹ Die Herstellkosten von Sintermagnesia liegen in der Regel bei 200 – 300 Euro / t.

umfassen.

Auch hier gilt: der bürokratische Aufwand muss angemessen zum Fördervolumen stehen.

Die Kommission und EU sollte in Bezug auf die angestrebte Innovation positive Anreize setzen und vereinfachte, auch neue Finanzierungssysteme zur Technologieentwicklung schaffen, die Unternehmen fördern anstatt „bestrafen“.